

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 09 30. April 1997

→ **Brauner Terror** Seite 2

Ein ins Ausland abgetauchter österreichischer Neonazi hat Handlungsanleitungen zum Bombenbasteln verbreitet. Offen spekuliert wird mittlerweile, ob hier eine Spur zu den immer noch nicht aufgeklärten Briefbombenattentaten in Österreich führt.

→ **Kräftebündelung von Rechts** Seite 4

Für die Bundestagswahl 1998 wollen sich Organisationen und Gruppierungen der bundesdeutschen extremen Rechten unter einem vereinten Dach sammeln. Bislang waren solche Bündnisse allerdings zum Scheitern verurteilt.

→ **Le Pen und die Medien** Seite 5

Der bisher von der französischen Presse gehätschelte Front National kann offensichtlich nicht mehr auf die Unterstützung der Medien bauen. Die vorgezogenen Neuwahlen bringen die Le Pen-Partei jetzt in die Bredouille.

→ **Unrühmliche Vergangenheit** Seite 12

Kanada hat nachweislich zahlreichen NS-Verbrechern Asyl gewährt. Bis heute ist dieses trübe Kapitel der kanadischen Zeitgeschichte nicht aufgearbeitet.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

„Tief verstrickt im braunen internationalen Netzwerk“

Explosiver Kamerad

Ein ins Ausland abgetauchter österreichischer Neonazi hat sich insbesondere durch öffentlich verbreitete Anleitungen zum Bombenbasteln hervorgetan. Offen spekuliert wird mittlerweile darüber, ob hier ein Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten in der Alpenrepublik bestehen könnte.

Wolfgang Tomsits (geb. am 13. August 1971 in Rechnitz) wurde am 17. Dezember 1996 in Wien wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt (in der Nacht vom 30. auf 31. Oktober 1992) und nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem befanden die Richter ihn des Amtsmißbrauchs für schuldig, da er seine Freunde aus der Neonazi-Szene mit Informationen aus der Bundespolizeidirektion Wien versorgt hatte, wo er von Januar 1992 bis März 1993 als Vertragsbediensteter arbeitete. Der österreichischen Zeitschrift NEWS gegenüber äußerte sich Tomsits jüngst (6/97) über die Rolle seines Schulkameraden Christian Anderle, der ihn in die Neonazi-Szene einführte und auch die treibende Kraft bei der Friedhofsschändung war. Nach der Aussage von Tomsits ist Anderle „tief in das internationale braune Netzwerk verstrickt.“ Offen bleibt indes, ob Anderle, der nach der Verhaftung Tomsits am 23. Juli 1996 untertauchte, auch bei der österreichischen Bombenserie eine Rolle spielt, wie von NEWS gemutmaßt wurde. Bislang unbekannte Täter einer „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ haben seit dem 3. Dezember 1993 bis jetzt 28 Anschläge, wobei vier Menschen getötet und 15 schwer verletzt wurden, verübt.

„Handlungsanleitung für Mollies“

Kontakte ins neonazistische Milieu knüpft Anderle nach Aussagen Tomsits bereits 1990 - als 19-jähriger. Bei einer Sonnenwendfeier in Kirchberg lernt er Norbert Burger, Vorsitzender der (verbotenen) „Nationaldemokratischen Partei Österreichs“ (NDP) kennen; in der Folgezeit nimmt er Verbindung mit den österreichischen Top-Neonazis Franz Radl, dessen Einbettung in den Kreis der Briefbom-

benbauer weiterhin noch nicht vollständig entkräftet ist, Gerd Honsik, einem notorischen Holocaustleugner, sowie Herbert Schweiger, einer Gralsgestalt der österreichischen und bundesdeutschen Szene, auf. Sowohl Radl, Honsik und Schweiger als auch Anderle standen im Austausch mit der „Nationalistischen Front“ (NF). Ins Visier der Sicherheitsbehörden gerät Anderle, der ebenso wie Tomsits 1990 Mitglied der FPÖ-Jugendorganisation „Ring Freiheitlicher Jugend“ (RFJ) wurde, erstmals 1991. Wegen „rechtsextremer Äußerungen“ im btx-System des Grazer „Instituts für Grundlagen der Informationsverarbeitung“ fällt er der Staatspolizei auf. Bis 1994 kann er dort jedoch weiterhin unter den Pseudonymen „Morris“, „Whiteknight“ und „Lancelot“ rassistische und hetzerische Parolen plazieren. Am 18. Oktober 1992, 13 Tage vor der Schändung des Eisenstadter Friedhofs, kandidiert Anderle für die FPÖ bei der Gemeinderatswahl im burgenländischen Stadtschlaining auf dem zweiten Listenplatz. FPÖ-Obmann des zuständigen Bezirks Oberwart ist der spätere FPÖ-Bundesgeschäftsführer Karl Schweitzer. Für den Einzug in den Gemeinderat fehlten Anderle 65 Stimmen der 1731 Wahlberechtigten. Der knapp Gescheiterte begibt sich nach Südafrika. Von Mai bis September 1993 lassen sich Anderle und Tomsits beim südafrikanischen AWB, der militanten und rassistischen „Afrikaner Weerstandsbeweging“ (AWB), geführt von Terre Blanche, paramilitärisch ausbilden. Zurück in Österreich sind sie von der Mission, eine „weisse Welt“ herbeizuführen, erfüllt.

Kämpfer für das arische Blut

Ein erstes Ergebnis ihres Kampfes ist die Erstellung der Untergrundpostille „Albus“, die Anfang 1994 erscheint und von der Wiener Neustadt aus an Wiener Schulsprecher verschickt wird. In der Schrift mit dem Untertitel „Nachrichten aus dem weissen Widerstand“ wird über die Legitimität eines „militärischen Widerstandes“ in Österreich diskutiert. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß einzig und allein „gewaltsamer, militärischer Widerstand“ zweckmäßig sei. Um Sympathisanten die Umsetzung der Theorie in die Praxis zu erleichtern, präsentiert „Albus“ die Handlungsanleitung eines „Selbstzünder-Mollies zum Selbermachen“. Betont wird, daß es „oberste Pflicht“ sei, das „arische Blut rein zu erhalten“. Ideologische Schulung scheinen die arischen Rassenfanatiker Anderle und Tomsits vom „NS-Kampftruf“, dem Organ der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei / Auslands- u. Aufbauorganisation“

(NSDAP/AO), zu beziehen. Deren Kontaktadresse in den USA prangt auf der „Albus“-Rückseite. Das „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes“ kommt nach gründlicher Recherche zu dem Ergebnis, daß es zwischen dem Inhalt sowie Erscheinungstermin dieser Publikation und den Briefbombenattentaten im Dezember 1993 „einen Zusammenhang geben könnte.“

Im Februar 1995 reist Anderle, der bei den Ermittlungsbehörden bereits als einer der mutmaßlichen „Albus“-Macher gehandelt wird, nach Schweden. Ebenso Tomsits. Ziel ist die Stadt Helsingborg, wo sich eine der weltweit größten Produktionsstätten von NS-Propaganda (u.a. CDs, Videofilme) befindet. Gesteuert wird das Propagandazentrum von Erik Blücher (alias Nielsen). Geschäftspartner von Blücher ist der in Brandenburg geborene Neonazi Marcel Schilf, Aktivist der NSDAP/AO und Kader der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (>DNSB<); dieser betrieb bis Januar dieses Jahres die Versandhandlung „NS 88“ (Sitz: Helsingborg), die vom dänischen Hilleröd aus ihren Kundenstamm belieferte. Seit dem 18. Januar, dem Tag, an dem mehrere dänische Gesinnungskameraden von Schilf, die beim Bau von Briefbomben gegen konkurrierende Kameraden und ihnen unliebsame Personen beteiligt gewesen sein sollen, verhaftet sind, ist der Versandhandel - zumindest von Hilleröd aus - eingestellt und Schilf abgetaucht.

„Arisk ist offline“

Im Februar 1996 geht in Wien die erste neonazistische Mailbox in Österreich ans Netz. Sysop der „Mailbox für patriotische Dissidenten“ unter dem Namen „Dissident BBS“ ist Anderle, der nun das Pseudonym „Arisk“ benutzt. Abgesprochen war der Aufbau der „Dissident BBS“ mit dem Initiator des Thulenetzes Thomas Hetzer, den Anderle eigens dafür im Herbst 1995 persönlich in Erlangen kontaktierte. Ins Netz gesetzt werden von Anderle u.a. Artikel von Pierre Krebs vom „Thule-Seminar“; geworben wird für neonazistische Postillen wie „Widerstand“ (Lüdenscheid) und „Freie Stimme“ (Bad Berleburg). Regen Kontaktaustausch pflegt er mit den Machern der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ). Diese beenden ihre Briefe regelmäßig „mit den besten Heilsgrüßen aus der anderen deutschen Hauptstadt“. Als Motto für seine Mailbox wählt Anderle ein aus dem Lateinischen übersetztes Zitat: „Sollen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten.“ Im Thu-

lenetz meldet sich Anderle auch zum Thema „Bombenbauanleitungen und Einblicke“ zu Wort: „Viele Leute fragen sich natürlich, worin der Sinn der Tolerierung von Bombenbastelanleitungen, Nachschlagewerken zum (..) Einbruch oder Schulungen zum effektiven Töten liegen soll - und möchten sich das nicht bieten lassen. Der Sinn liegt darin: Verbrecher und Terroristen haben diese Informationen sowieso und können sie sich problemlos besorgen. Wenn auch der verantwortungsbewußte Bürger sie auf legalem Wege bekommen kann, kann er sich einerseits besser schützen (...). Andererseits könnte er sie selbst mal brauchen - etwa, wenn seine Heimat eines Tages in die Hände einer fremden Macht oder von Verbrechern fallen sollte. ... Das Waffenrecht im Dritten Reich war liberaler als das heutige in der BRD.“

Im Thulenetz offenbart Anderle neben guten Kenntnissen über den KuKluxKlan (KKK) auch seine besondere Zuneigung zu Weltverschwörungstheoretikern. So gibt er Veranstaltungshinweise („Wer will, kann ja mal hingehen.“) von Auftritten des österreichischen Rechtsextremisten Peter Kurt Weiß, der eine „freimaurerische Illuminatenbande im Dunstkreis der internationalsozialistischen Hochfinanz“ (Illuminaten sind das Codewort für Juden) als Grundübel der Welt brandmarkt, und speist ganze Buchkapitel wie „UFOs - die Rache des Dritten Reiches?“ oder „Gibt es eine deutsche Exilregierung in der Antarktis?“ des Autors Jan van Helsing (=Udo Holey) ins Netz.

Am 27. Mai vergangenen Jahres meldete der mit Anderle in Kontakt stehende Sysop „Siggi“ der in Mecklenburg stationierten „Störtebeker BBS“, daß „Dissident BBS“ aus persönlichen Gründen „ein Weilchen offline“ gehe: „Sobald es eine Möglichkeit gibt, wird Arisk sich natürlich wieder melden.“ Doch dazu kommt es nicht mehr.

Im Juli 1996 kehrte Tomsits nach Österreich zurück und wurde am 23. Juli wegen des Verdachts der Mitarbeit an „Albus“ verhaftet. Am 25. Juli wurde gegen Anderle, der unmittelbar nach der Verhaftung von Tomsits untergetaucht ist, ein internationaler Haftbefehl erlassen. Am 1. August leitete „Siggi“, der auch bei der Gründung eines „Deutsch-Skandinavischen Freundschaftsprojekt“ (Postfach im dänischen Kopenhagen) beteiligt ist, im Thulenetz einen Brief von Anderle (28. Juli) an den ORB weiter. Darin bekannte sich dieser indirekt zur Friedhofschändung und bezeichnete diese als „Sachbeschädigung“.

Anton Maegerle

„Kräftebündelung für die
Bundestagswahl 1998“

Nun sammeln sie wieder

Mit Anzeigen in Rechtsblättern rufen Personen aus dem rechtsextremen Spektrum zu einem Treffen am 8. Mai im Raum Kassel auf, wo unter dem Motto „das Maß ist voll!... Wir sind das Volk!“ ein „Bündnis für Deutschland“ gegründet werden soll, das als seine Aufgabe eine „Kräftebündelung für die Bundestagswahl 1998“ bezeichnet. Das Treffen soll als geschlossene Veranstaltung durchgeführt werden, der Zutritt ist nur mit Einladung und Personalausweis möglich. Obwohl die Initiatoren schreiben, daß „unbelastete Kräfte“ gebraucht würden, kann man bei einem Teil der Einlader keineswegs von unbelasteter Vergangenheit sprechen.

Das trifft schon auf die Kontaktadresse, Helmut Fleck (Siegburg), zu, der 1990 als Bundestagskandidat der „Republikaner“ antrat und später zum erfolglosen „Aufbruch '94“ wechselte. Am 2. September 1995 nahm der Bauingenieur an dem durch die Kölner „Deutsche Liga“ initiierten Treffen in Pulheim teil, das zu der Serie „Runder Tische“ zur Sammlung des rechtsextremen Lagers gehörte, und wurde in den dort gebildeten Koordinationskreis berufen. Solche Ansätze sollen heute offenbar mit anderen Mitteln und bundesweit aufgegriffen werden. Im Gegensatz zum letzten Anlauf halten sich die etablierten und bekannteren Gruppierungen zurück. Unter dem Aufruf finden sich lediglich Mini-Organisationen wie die „Deutsche Volksversammlung“ oder die „Sammlungsbewegung Deutscher Patrioten“, einige revanchistische Vereine wie die „Initiative Vereintes Schlesien“ oder der „Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien“ sowie die Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland“.

NPD-nahe Kräfte am Werk

Schon die Namensgebung erinnert jedoch an das „Bündnis rechts für Deutschland“, das im Herbst 1996 unter Federführung der NPD in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen wurde (vgl. BNR 21/96, S.11). Auch aus der Biographie der unterstützenden Personen wird die NPD-Nähe der

Unternehmung deutlich. So engagierte sich Unterzeichner Heinz König (Heinbockel), der noch 1994 als Bundestagskandidat der „Republikaner“ im Wahlkreis Stade-Rotenburg I antrat, zwei Jahre später als Kommunalwahlkandidat des NPD-dominierten „Bündnis Rechte“ im Kreis Stade. Aushängeschild der Gruppe war der heutige Mitaufrufer, der parteilose Professor Nikolaus Marx, ein Fachgebietsleiter an der TU Hamburg-Harburg, der auch den revisionistischen „Appell der 100“ unterzeichnete. Ebenfalls aus Niedersachsen stammt Johannes Raddatz (Wilhelmshaven), aktuell stellvertretender Landesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen“. Raddatz trat 1987 der frisch gegründeten DVU - Liste D bei und bei der Landtagswahl als Direktkandidat für die NPD an. Ebenso kann Walter Schwalbach (Blickweiler), der Landesvorsitzende des „Stahlhelm“ im Saarland, auf Aktivitäten im Umfeld von NPD und DVU verweisen. 1990 kandidierte er als Mitglied der DVU auf Platz 3 der Liste der NPD zur Landtagswahl. Auch Horst Zaborowski (Duisburg), Vorsitzender des „Bundes für Gesamtdeutschland“, einer Partei, die wenig Berührungsängste sogar gegenüber offen neonazistischen Kräften kennt, ist mit von der Partie.

Die Vorgehensweise bei der Vorbereitung des Treffens im Raum Kassel läßt darauf schließen, daß „Deutsche Liga“ und NPD aus dem faktischen Scheitern der Bewegung der „Runden Tische“ gelernt haben. Diese mögen zwar auf lokaler oder regionaler Ebene weiterhin ihren Zweck erfüllen, sind jedoch kaum für ein bundesweites koordiniertes Vorgehen geeignet. Die „Deutsche Liga“ hat ihren Parteistatus beim Parteitag 1996 in Pfofeld aufgegeben, die NPD dürfte in ihrer momentanen Verfassung kaum zu einer flächendeckenden eigenständigen Kandidatur in der Lage sein. Beide sind also auf Bündnisse angewiesen. Beide wissen auch, daß nicht erneut der Fehler begangen werden darf, Sammlungsbemühungen als von ihnen initiiert und dominiert erscheinen zu lassen. Die kleinen Eitelkeiten der Möchtegern-Führer des rechtsextremen Lagers werden auf diese Weise ebenfalls befriedigt. Scheitert der Ansatz jedoch, dann hat man sich den Makel eines weiteren Mißerfolgs erspart und kann noch immer rechtzeitig auf eine andere Taktik, z.B. offene Listen, umsteigen. Die erste Runde zum Wahlkampf für den nächsten Bundestag ist jedenfalls eingeläutet. Es dürfen noch etliche bis zum k.o. am Wahltag erwartet werden.

Andreas P. Zaleshoff

Breite gesellschaftliche Front gegen die Le Pen-Partei

„Die große Medien- niederlage“

Der Jubiläumsparteitag des Front National gestaltete sich zum Rückschlag - Die vorgezogenen Neuwahlen bringen die Partei jetzt in die Bredouille

Frankreichs Präsident Jacques Chirac hat von den Möglichkeiten seines Amtes Gebrauch gemacht und Neuwahlen für den 25. Mai und 1. Juni angesetzt, um das zu erwartende Debakel der Regierungsparteien auf ein tragbares Ausmaß zu begrenzen. Dies durchkreuzt auch den Fahrplan des Front National (FN) erheblich, der sich ausgerechnet hatte, daß zum vorgesehenen Wahltermin, dem März 1998, die Einführung des Euro ganz oben auf der Themenliste stehen würde, wovon er zweifellos profitiert hätte. Zudem erwies sich der Parteitag in Strasbourg, der faktisch der Wahlkampfauftritt für den FN sein sollte, unerwartet als Bumerang. Gerade auf seinem ureigensten Gebiet, den Medien, wurde Le Pen geschlagen. Immerhin meinen 27 Prozent der Franzosen laut einer aktuellen Umfrage, daß die Partei der extremen Rechten die Medien am besten zu nutzen wisse und weisen ihr damit den Spitzenplatz unter den politischen Formationen zu. Nach Strasbourg jedoch urteilte das liberale Wochenblatt „L'Événement du Jeudi“ (3.4.97), Le Pen habe seine erste große Medienniederlage erlitten und ergänzte, daß man über der Auseinandersetzung, ob man über ihn sprechen solle, vergessen habe, daß man ihn auf seinem eigenen Terrain schlagen könne. Der Karikaturist Tignous sieht im gleichen Blatt Le Pen vor dem Parteitag mit Schaum vor dem Maul, danach jedoch mit strömenden Tränenbächen.

Es dürfe kein Zögern mehr geben, schlußfolgert Leitartikler Albert du Roy in der gleichen Ausgabe. Als „Lehre von Strasbourg“ sieht er vor allem drei Punkte: 1.) Man muß so oft wie möglich gegen den Front National demonstrieren. 2.) Man muß weiterhin über den Front National sprechen. 3.) Man muß mit den Wählern des FN sprechen. Über den FN sprechen, nicht mit ihm! Mit den Wählern sprechen, nicht über sie! Mobilisierung gegen Lethargie setzen! Insgesamt gelte es Transparenz herzustellen: Aufdeckung der Finanzquellen, der Unterstützung aus Polizei, Gewerkschaften und dem Justizapparat, der Komplizenschaft mit anderen Parteien sowie der Verbindungen zu bestimmten Sekten.

Die antifaschistischen Kräfte hätten bisher zu sehr auf die moralische Entrüstung gesetzt. Man müsse stärker pädagogisch vorgehen, was jedoch nur eine langfristige Wirkung haben könne. Im Gegensatz dazu meinen 57 Prozent der Franzosen, daß zuviel vom FN gesprochen werde, wobei die Zustimmung zu dieser Aussage in den Regierungsparteien, in deren Wählerreservoir der FN vor allem wildert, am höchsten ist. Nur hat sich die Taktik des Totschweigens in der Vergangenheit als Fehlschlag erwiesen, da der FN stets von den zahllosen Skandalen und Korruptionsaffären in den etablierten Parteien profitieren konnte. Wenn die Medien gegen den politischen Gegner arbeiten, dann hat es schon eine positive Wirkung, wenn man selbst von den Negativschlagzeilen nicht betroffen ist.

„Die Lehre von Strasbourg“

In einer Mediengesellschaft kann der Behandlung durch die Medien eine entscheidende Rolle zukommen. Bisher haben dies die Regierungsparteien stets am Beispiel des von ihnen beherrschten Fernsehens vorgeführt. Für eine von diesem Einfluß ausgeschlossene Partei wie den FN sind die Printmedien umso wichtiger. Eine wohlwollende Behandlung in den konservativen Tageszeitungen „Le Figaro“ und „Le Parisien“ war dem FN bisher sicher. Das zur rechten Verlagsgruppe Hersant gehörende Massenblatt „France-Soir“ dagegen führt seit einigen Monaten einen regelrechten Kreuzzug gegen den FN. So titelte die Zeitung am 24. März, kurz vor dem Parteitag, mit der Balkenüberschrift „Der FN, das ist auch das“ und veröffentlichte Faksimiles rassistischer Briefe von FN-Anhängern. Um den FN, so Chefredakteur Bernard Morrot, dürfe es keine Mauer des Schweigens geben. „Ein Journalist, der sich nicht in diesem Kampf engagiert, wäre unwürdig, diesen Beruf auszuüben, denn der Front National, das bedeutet Zensur und die Unmöglichkeit, freie Zeitungen zu machen.“

Es war wohl vor allem das Bild der Demonstration am Ostersonntag und der vielfältigen sonstigen Gegenaktionen im Verlauf der Woche, die dazu führten, daß die Berichterstattung über die Gegner Le Pens wesentlich umfangreicher geriet als die über den Kongreß und fast durchweg positiv war. Nur am Rande wurden die beiden militanten Zwischenfälle des Tages erwähnt, da sie auch nur von einer verschwindenden Minderheit getragen wurden. Auf allen Fernsehkanälen wurde der friedfertige Charakter der Demonstration betont, die Bilder unterstrichen dies: die auf ihren Ölfässern musizie-

rende Perkussionsgruppe „Les Tambours du Bronx“, Jugendliche in fröhlicher Kriegsbemalung, die Abordnungen der vom FN beherrschten Städte an der Spitze des Zuges. Zudem glich der FN das Manko des überflüssigen Militanzgehabes auf der gegnerischen Seite umgehend dadurch wieder aus, daß vier seiner Funktionäre wegen Amtsanmaßung festgenommen wurden, da sie sich als Polizisten ausgegeben hatten. 400 Medienvertreter waren zum Parteitag angereist. Für Bruno Mégret, die Nummer Zwei der Partei, Anlaß zu jubeln, die Demonstranten hätten dafür gesorgt, daß „die Medienfanfaren den Kongreß begrüßen“. Doch die Rechnung ging nicht auf. Überall wurde umfangreich als erstes über die Gegenaktionen berichtet, dann erst - kürzer und mit deutlicher Distanz - über den Parteitag selbst.

Die Printmedien ergänzten dieses Bild. Der linksliberale „*Novel Observateur*“ sah Strasbourg als „Hauptstadt des Frankreichs, das nein sagt“, die ähnlich ausgerichtete „*Libération*“ rief auf der Titelseite zum „staatsbürgerlichen Kampf“, gedruckt in den Nationalfarben, wobei diese in Frankreich stets in Zusammenhang mit den Werten der Revolution von 1789 gebracht werden: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Die renommierte „*Le Monde*“ sah ein „Rendez-vous... gegen die Intoleranz und den Haß“. Lediglich beim konservativen „*Figaro*“ überwog deutlich die Angst vor einer Welle der Mobilisierung von links gegenüber der Distanz zum FN. Tatsächlich hatten sich die Regierungsparteien auch bis auf die Knochen blamiert. Zu ihrer getrennten Kundgebung am Samstagvormittag erschienen weniger als 200 Menschen. Angesichts dieses fast einhelligen Bildes erscheint es wie das berühmte Pfeifen im Dunkeln, wenn Bruno Mégret versicherte: „Die Wahrheit wird ans Tageslicht kommen. Die Gewalt geht von denen aus, nicht von uns.“

„Frankreich sagt nein“

Der Schriftsteller Dan Franck sieht einen wichtigen Faktor für den Erfolg dieses Tages darin, daß die Bürger die Politiker aus der ersten Reihe verdrängt haben. Dies trifft, so muß ergänzt werden, auch für die etablierten antirassistischen Organisationen zu, besonders auf „SOS Racisme“, deren faktische Parteigebundenheit sich negativ auswirkt. Auch auf der Linken, vor allem bei den Jüngeren, hat man „ras le bol“ („Schnauze voll“) von den Parteien, die zuerst auf ihren eigenen Erfolg und erst in zweiter Linie auf die Ziele schauen. In Orange, Toulon und Marignane waren es vor allem

neugegründete Bürgerkomitees und Kulturinitiativen, die den Kampf gegen den FN aufnahmen, während die Linksparteien wie paralysiert durch die Niederlage schienen. Eine ähnliche Bewegungslosigkeit ist bei den Gewerkschaften festzustellen, die auf die Bedrohung durch FN-eigene Gewerkschaften bisher nur durch juristische Schritte zu reagieren wußten. Sie alle spielten bei den Gegenaktionen nur die zweite Geige, im Vordergrund stand das Bündnis „Justice et Libertés“, dem es gelungen war, auch die mittlere Generation massenhaft einzubinden.

So wurde Strasbourg zur Medienniederlage für den FN, die auch gravierende Folgen für den beginnenden Wahlkampf haben könnte. Denn Le Pens ausgeklügelter Fahrplan für die Wahlen ist durcheinander geraten. Noch nicht einmal das Wahlprogramm steht, da die Tage des Kongresses stärker zur Selbstdarstellung als zur Arbeit genutzt wurden. Den Faktor Zeit, der für den FN gewirkt hätte, hat Jacques Chirac geschickt ausgeschaltet. Allerdings bedeutete Strasbourg auch für ihn eine Niederlage, denn obwohl dort der FN im Mittelpunkt des Angriffs stand, war jedem klar, daß auch gegen das Debré-Gesetz und die gegen die Einwanderer gerichtete Politik der Regierung demonstriert wurde. Kann die Linke diese Schubkraft in den nächsten Wochen für sich nutzen, dann ist ein Abschmelzen der Übermacht der Regierungsparteien im Parlament zu erwarten.

Jean Cremet

HINWEIS

Bonn - Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert wird von der Arbeitsgemeinschaft der Verleger, Buchhändler und Bibliothekare in der Friedrich-Ebert-Stiftung für sein Buch über den Organisator des Reichssicherheitshauptamtes, Werner Best, mit dem Sonderpreis 1997 ausgezeichnet. Herbert schildert in seinem 1996 erschienen Werk „Best - Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989“ den Lebensweg eines nationalsozialistischen Schreibtischtäters, der in der Bundesrepublik eine zweite Karriere machen konnte (vgl. BNR 17 + 21/96). Den Preis „Das Politische Buch 1997“ erhält die Enkelin des ermordeten israelischen Premiers Jitzhak Rabin, Noa Ben Artzi-Pelossof für ihr Buch „Trauer und Hoffnung“. Die Preisverleihung findet am 14. Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn um 14.00 Uhr statt. Festredner ist der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner.

KOMMENTAR

Eine Frage des Standortes

Mit der Regelmäßigkeit, mit der Verfassungsschutzberichte erscheinen, stellt sich die Frage, warum sie in dieser Form erscheinen. Der jüngste Bericht des Bundes (vgl. zu den wichtigsten Ergebnissen BNR Nr. 8/1997) macht da keine Ausnahme, wie die Presseberichte aus Anlaß der Vorstellung erkennen lassen. Aufgabe des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern ist die Sammlung und Auswertung von Informationen u.a. über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung; seit Jahren ist es eine gute Übung, hierüber die Öffentlichkeit zu unterrichten. Die Berichte sind folglich Fortschreibungen der Daten über Organisationen und ihre Mitglieder, über Presseerzeugnisse und Straftaten. Gegenstand der Unterrichtung sind folglich objektive Informationen. Dies hindert nicht, daß sie - je nach Standort - von Politikern und Medien höchst subjektiv interpretiert werden. Da kann man darüber rasonieren, ob der linke oder der rechte Extremismus, weil er gefährlicher ist, an den Anfang der Berichte gehört (die FAZ bietet dafür sogar einen leibhaftigen Professor auf). Orientiert man sich hierbei im politischen Spektrum rechts, so war die wichtigste Nachricht des diesjährigen Verfassungsschutzberichts der Rückgang rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten (vgl. die FAZ). Daß aber die Zahl der Straftaten insgesamt um mehr als zehn Prozent gestiegen ist, die Zahl der Neonazis, die der „gewaltbereiten“ (wie stellt man das, bitte, fest?) Skinheads angewachsen ist, tritt in den Hintergrund. Daß es demgegenüber mehr linksextremistisch motivierte Gewalttaten im vergangenen Jahr gegeben hat, ist nicht unbedingt Ausweis der erhöhten Gefährlichkeit von Linksextremismus,

stand dies doch weitgehend mit den Castor-Transporten im Zusammenhang; denn hier - wie insgesamt im Linksextremismus - richtete sich die Gewalt - anders als es den Rechtsextremismus kennzeichnet - gegen Sachen (was deren Wert nicht mindern soll). Kritisch ist in der Presse durchgängig festgestellt worden, daß die Darstellung von Organisationen und Entwicklungen beileibe nicht objektiv, sondern durch den Standort des Berichtenden geprägt ist. So hat die nachsichtige Behandlung der REP-Partei irritiert: wenn sie einem anderen Menschenbild als dem des Grundgesetzes anhängt (so der Bericht), dann ist es naiv, von einem Versuch der REP zu sprechen, den Stellenwert der Grund- und Menschenrechte zu „vermindern“ (S.115). Auch die Behandlung des Terrorismus wirft Fragen auf. Auch wenn es keine „rechtsterroristische“ Organisation geben mag, belegen doch die Darstellung der Wehrsportgruppen und die Waffenfunde (S.99), die vor allem durch Berichte des ostdeutschen Verfassungsschutzes bestätigt werden, daß es, wie in den siebziger Jahren, wieder ein derartiges Potential gibt. Wenn andererseits aus drei „Wortmeldungen“ der RAF gefolgert wird, sie sei weiterhin eine „selbstbestimmte, handlungsfähige und -willige linksextremistisch-terroristische Organisation“, fragt der Bürger, warum ihm hier ein Bedrohungsszenario entwickelt wird. Man sollte darüber nachdenken, ob man den Verfassungsschutzberichten nicht eine andere Struktur geben sollte. Was vermißt wird, ist die vertiefende Analyse, der gegenüber die statistischen und organisationstechnischen Daten gerafft, in lexikalischer Form dargestellt werden könnten. So hätte der Leser gern, mehr über Entwicklungstendenzen erfahren, etwa zum Thema der „Intellectualisierung“ (S.155), den neuen Taktiken, vor allem aber den (sozialen) Ursachen des wachsenden Rechtsextremismus.

Klaus-Henning Rosen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991641, Fax 25991654

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

DOKUMENTATION

Chronik der Gewalt

Ein vollendetes Tötungsdelikt und 12 Fälle der versuchten Tötung aus rechtsextremistischer oder rassistischer Motivation registrierte das Bundeskriminalamt im vergangenen Jahr. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort (Drs.13/6941) auf eine Anfrage der PDS mit. Im einzelnen handelt es sich um folgende Vorfälle:

Flecken Zechlin (BB) - 15.1.1996

Ein 19jähriger rast mit dem Auto auf eine 17jährige türkische Schülerin zu, die sich nur mit einem Sprung zur Seite retten kann. Der Täter wird zu dreieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt.

Bad Münders (NI) - 13.2.1996

Ein 16jähriger Schüler sticht auf offener Straße mit einem Messer auf einen spanischen Staatsbürger ein. Brandenburg (BB) - 15.2.1996

Bei Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Punkern wird ein linksgerichteter junger Mann zu Tode getreten. Der zur Tatzeit 20jährige Täter wird zu siebeneinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt.

Magdeburg (ST) - 18.3.1996

18 Rechtsextremisten greifen auf der Straße einen sudanesischen Staatsangehörigen an und verletzen ihn schwer.

Essen (NW) - 9.4.1996

Eine türkische Staatsangehörige wird von einem 16jährigen durch Messerstiche schwer verletzt. Urteil: 6 Jahre Jugendstrafe.

Lippetal (NW) - 9.5.1996

Schüsse auf eine Asylbewerberunterkunft, Personen wurden nicht verletzt.

Hettstedt (ST) - 2.9.1996

Brandanschläge auf zwei Aussiedlerunterkünfte.

Filderstadt (BW) - 7.9.1996

12 Rechtsextremisten überfallen einen Campingplatz. Auf einen Angehörigen der linken Szene wird bis zur Bewußtlosigkeit eingeschlagen.

Oldenburg (NI) - 13.9.1996

75jähriger schießt mehrfach auf türkischen Staatsangehörigen und verletzt ihn schwer; Täter erschießt sich selbst.

Trebbin (BB) - 30.9.1996

Bei einem Überfall von zwei Rechtsextremisten auf italienische Bauarbeiter wird ein Opfer mit dem Baseballschläger lebensgefährlich verletzt. Die Täter wurden am 23. April d.J. zu 15 Jahren Freiheits- bzw. 8 Jahren Jugendstrafe verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Winterlingen (BB) - 25.11.1996

Versuchter Brandanschlag von einem 18jährigen auf Asylbewerberunterkunft.

Berlin - 26.11.1996

46jähriger Rechtsextremist schießt auf libanesischen Staatsangehörigen.

Rechtsdenker

„Die Frage lautet, ob die durchs Land rauschende Vergangenheitsbewältigung ein dauerhafter moralischer Erwerb oder nur ein Segeln auf einem Wellenberg ist, dem der Abschwung bald folgen wird ... für die Aktivistinnen der nationalen Kriminologie ist das Ganze eine gelungene Gewissensforschung: Das unablässige Bohren einer Bewußtseinseilite habe es zuwege gebracht, das Leben in Sünde, genannt 'Verdrängung', zu beenden. Nur eine ständige Vergegenwärtigung des ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Grauens könne seine Wiederkehr verhindern.“

Es ist erstaunlich, wie wenig diese Denkfigur zerpflückt wird, wo doch die Kreuzifix-Abnahme-Liberalen sofort eine Heiligenlegende und die Altmarxisten Priestertrug wittern müßten. Für Kulturkritiker ist es ein schönes Beispiel, wie in der ganz und gar aufgeklärten 'Moderne' Kreuzzüge losbrechen, herbeigebettelt aus schmerzlich empfundenem Mythenmangel. ... Die Träger dieser Bewegung sind die Vierzig- bis Sechzigjährigen, von denen sich ein Teil ins Wirtschaftsleben begeben hat, ein anderer Teil in den öffentlichen Dienst. Dieser Teil der Generation, der verwöhntesten seit Hermann dem Cheruskerfürsten, stellt nun die Aktivistinnen und Fundamentalisten des plakatierten Entsetzens, und man fragt sich, was dieses soziale Segment in einen nationalen Selbstbeichtigungstaumel getrieben hat und dort nun schon geraume Zeit festhält. ... Ihr Aufenthalt in den wuchernden Studiengängen normativen Gesinnungsgewissens machte sie zu Fußtruppen der Studentenrevolte. Sie werden rückblickend gestehen, daß die Operationen mit Antifa-Material gegen amtierende 'Verstrickte' ihre einzigen Erfolgserlebnisse geblieben sind. ... Aus Versuchen einer Vergangenheitsbewältigung ist ein laufbahnförderndes 'mainstream'-Verhalten geworden...“

Josef Schmid, Bamberg, Ordinarius für Bevölkerungswissenschaft in der FAZ vom 1. April 1997

Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern:

Werbung mit Schumacher

Die Zahl der registrierten Delikte mit rechtsextremistischem Hintergrund ist 1996 in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zum Jahr 1995 weiter gestiegen (jetzt 769 Fälle). Daher gibt es trotz des Rückganges der rechtsextremistischen Gewalttaten von 98 auf 61 Vorfälle (Definition dazu: Handlungen, die sich gegen Leib und Leben von Personen richten, bzw. hohen materiellen und ideellen Schaden zur Folge haben) im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern keinen Grund zur Genugtuung. Dies geht aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht aus Schwerin hervor.

Während die Parteiszene rechtsaußen gerade einmal 260 Kräfte aufbringt (NPD, DVU, Republikaner - Aufwärtstrend dabei nur bei der NPD festzustellen), ist die meist unorganisierte rechte Skinheadszone ein zunehmendes Problem und umfaßt rund 600 Anhänger. Zu beobachten ist wie auch in anderen Bundesländern eine Orientierung hin zum Sammeln als sogenannte „Hammerskins“ (siehe BNR 24/96). Diese definieren sich meist über das Medium Musik. Vorangetrieben wird die Ideologisierung dabei durch Konzertveranstaltungen - Tendenz steigend. Allein in der vorpommernschen Ortschaft Klein Bünzow fanden zehn dieser Konzerte statt, die teilweise bis zu 700 Besucher - meist mit überregionaler Beteiligung - anlockte. Organisiert wurden die Veranstaltungen hauptsächlich von der Berliner Skinheadorganisation „Blood & Honour“. Rechtsextremistische Zirkel und Skinheads arbeiten auch auf dem Gebiet der oft auf dem Index stehenden Tonträger (oi-Musik) zusammen. Als rege Neonazi-Gruppierung betätigte sich die Kameradschaft „Neuteutonia Neustrelitz“. Unter der Tarnbezeichnung „Wanderfreunde Neustrelitz“ bemüht sie sich, Jugendliche um sich zu scharen.

Mit einer zunächst unverdächtigten Offerte warteten die „Republikaner“ in Sachen Mitgliederwerbung auf: Sie riefen über ihre Nachwuchsorganisation „Republikanische Jugend“ den „1. offiziellen Michael Schumacher Fanclub“ ins Leben. Mitglied könne werden, wer der REP-Jugend angehöre. Neben preisgünstigen Fahrten zu den Rennstrecken Europas, regelmäßigen Clubtreffen bei verbilligtem Erwerb von entsprechenden Fan-

Utensilien wird politische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit angekündigt. Als Kontaktadresse ist das Postfach der „Republikaner“ in Neubrandenburg genannt; Unterzeichner dieses Angebots war der REP-Landesvorsitzende Bernd Bernhard. Der Name des populären Rennfahrers wird hier ganz offensichtlich für Zwecke mit politischem Hintergrundgedanken mißbraucht.

Horst Freires

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Hamburg - Unter dem Motto „Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes“ steht eine Fachtagung zum Rechtsextremismus die vom Montag, den 26. bis Mittwoch, den 28. Mai in Hamburg stattfindet. Experten aus Verfassungsschutz und Polizei, Medienvertreter und Wissenschaftler werden bei dieser Tagung schwerpunktmäßig über Fragen der gesellschaftlichen Reflektion auf den Rechtsextremismus diskutieren. So sollen einerseits die Aufgaben des Staats und seiner Organe wie Verfassungsschutz und Polizei beleuchtet, andererseits die gesellschaftspolitischen Veränderungen im Hinblick auf den Abbau des Sozialstaats verbunden u.a. mit dem zunehmenden Aufgreifen der sozialen Frage von rechtsextremistischer Seite debattiert werden. Auf dem Programm stehen ferner Themen wie die Rolle der Medien sowie Rechtsextremismus als internationales Phänomen. Angekündigt sind zahlreiche namhafte Referenten wie Wolfgang Gessenharter, Hans-Gerd Jaschke, Ernst Uhrlau, Christoph Butterwegge, Richard Stöss, Werner Bergmann neben vielen anderen.

Veranstalter ist die Arbeitsgruppe Demokratieforschung an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Datum und Tagungsort: 26.-28.Mai 1997, Haus Rissen, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Rissener Landstraße 193, 22559 Hamburg. Anmeldung: Haus Rissen (Frau Kluck), Tel. 040 - 8190713, Fax - 8190759 bis 15. Mai.

HINWEIS DER REDAKTION

Die Zahl der in der letzten Ausgabe (BNR Nr. 8/1997, S.9) genannten Straftaten mit antisemitischer Motivation für 1996 (719) wurde anhand der vierteljährlich ausgewerteten Berichte der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag mit Stand per 31.12. ermittelt. Aufgrund der üblichen Nachmeldungen der Strafverfolgungsbehörden der Länder hat sich die Gesamtzahl für 1996 auf 846 erhöht.

Gerichtsnotorischer NPD-Vize:

„Ein hartnäckiger Gesetzesbrecher“

Das Mannheimer Landgericht verurteilte am 11. April den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (57) in einem Berufungsverfahren zu einer Haftstrafe in Höhe von zwei Jahren und drei Monaten. Das Gericht sprach Deckert der Volksverhetzung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener für schuldig. Der Staatsanwalt Hans Heiko Klein hatte vier Jahre gefordert, Deckerts Verteidiger, der Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock (55), auf Freispruch plädiert. Erstinstanzlich war Deckert vom Amtsgericht Weinheim nach drei Verhandlungstagen im Juni des vergangenen Jahres zu einer Haftstrafe von 20 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, da nach Ansicht des Gerichts „bei der erwiesenen Unbelehrbarkeit des Angeklagten kein Raum für eine Strafaussetzung zur Bewährung“ sei. Das Amtsgericht verfügte die Einziehung sämtlicher Video- und Tonbänder über die Veranstaltung mit dem britischen Revisionisten David Irving (58) sowie die beiden bei Deckert sichergestellten Exemplare des Buches „Grundlagen zur Zeitgeschichte“, Grabert-Verlag Tübingen. Außerdem wurden sämtliche Exemplare des Buches „Der Fall Günter Deckert“ von Gunther Anntohn/Henri Roques eingezogen. Die zur Herstellung des Buches gebrauchten Vorrichtungen wie Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Folien u.a. sollten unbrauchbar gemacht werden.

Die Prozeßeröffnung am Mannheimer Landgericht fand am 20. Februar statt. Zahlreiche Beweisanträge und Hilfsbeweisanträge von Deckert und Bock verlängerten die Verhandlung mit 11 Sitzungstagen weit über die ursprünglich angesetzte Verhandlungsdauer hinaus. Richter Köhler warf Bock wegen weiterer zahlreicher Anträge zuletzt Prozeßverschleppung vor, gegen die sich der Anwalt, ein ehemaliger NPD-Aktivist, verwahrte. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft prüft, wegen revisionistischer Äußerungen Bocks vor Gericht ein Ermittlungsverfahren gegen diesen einzuleiten.

Anlaß des Verfahrens war ein Videoband einer Veranstaltung Deckerts mit dem rechtsextremen britischen Publizisten David Irving. Deckert hatte Irving zu einem Vortrag nach Weinheim auf den 2. September 1990 in das städtische Rolf-Engelbrecht-Haus eingeladen. Zunächst trat der Revisio-

nist Karl Philipp (49) als Eröffnungsredner in Weinheim auf. Gegen den ehemaligen hessischen NPD-Landesvorsitzenden Philipp wird in dieser Sache noch vor dem Weinheimer Amtsgericht verhandelt werden. Der ursprüngliche Verhandlungstermin im März wurde vom Weinheimer Amtsrichter Herbig mit dem Hinweis auf das laufende Mannheimer Deckert-Verfahren verschoben.

Finanzielle Unregelmäßigkeiten

Das beschlagnahmte Buch „Der Fall Günter Deckert“ hatte den Vortrag des US-amerikanischen Revisionisten Fred A. Leuchter in Weinheim vom 10. November 1991 und dessen juristische Folgen zum Inhalt. Deckert war im April 1995 vom Landgericht Karlsruhe (vgl. BNR 9/95) wegen der Leuchter-Veranstaltung rechtskräftig zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Mit dem Buch sollte trotz dessen Strafbarkeit „der Leuchter-Vortrag eingeführt werden“, so das Mannheimer Gericht. Nach Überzeugung des Gerichtes ist Deckert selbst für den Inhalt und die Aufmachung des Werkes verantwortlich, was dieser vor Gericht bestritt. Gedruckt wurde das Buch bei „druck + text GmbH“ von Siegfried Bublies (43) in Koblenz. Bublies, ehemaliger Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ und Herausgeber der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“, sagte vor Gericht als Zeuge aus. Die einzige Kontaktperson in Sachen „Der Fall Günter Deckert“ sei Deckert selbst gewesen. Die äußere Gestaltung und die Auswahl der Texte sei alleine von dem Angeklagten festgelegt worden.

Die 13. Kammer des Mannheimer Landgerichts bezog bei der Urteilsbildung auch ein Urteil des Amtsgerichts Stuttgart mit ein. Deckert war im März 1996 wegen eines an Michael Friedmann gerichteten offenen Briefes wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten verurteilt worden. Richter Köhler nannte Deckert in seiner mündlichen Urteilsbegründung einen „hartnäckigen Gesetzesbrecher“. Sowohl die Verteidigung wie auch die Staatsanwaltschaft haben in der Zwischenzeit bereits Rechtsmittel eingelegt. Nun muß das Oberlandesgericht in Karlsruhe über die beiden Revisionsanträge entscheiden.

Zudem ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen des Verdachts der Untreue gegen Deckert. Darauf verwies Staatsanwalt Klein im Rahmen des letzten Verhandlungstages in Mannheim. So soll Deckert während seiner Ägide als

NPD-Bundesvorsitzender „mindestens 5.000 DM Monatssalär“ einbezogen haben. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft bestätigte auf Anfrage, daß in der Sache eine Anzeige vorliegen würde. Gegen Deckert wurde in der Vergangenheit immer wieder der Vorwurf finanzieller Unregelmäßigkeiten in der NPD laut. Der langjährige Schatzmeister Dieter Fuhrmann gehört der NPD nicht mehr an. Im Rahmen des NPD-Bundesparteitages in Bremen vom vergangenen Dezember sprach der aktuelle NPD-Chef Udo Voigt von „Unterschlagungen“ des alten Vorstandes und drohte seinem Vorgänger und jetzigen Stellvertreter: „Deckert muß Verantwortung tragen.“

Eva Bernhard

Thule-Brief im Netz

Kassel - Das im hessischen Kassel ansässige „Thule-Seminar, Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur e.V.“ hat erstmals sogenannte elektronische „Thule-Briefe“ veröffentlicht. Haupterscheinungsort der „Thule-Briefe“, die alle sechs Wochen erscheinen sollen, wird das Internet sein; die Papiaerausgabe ist lediglich als ein Nebenprodukt zu verstehen. Verantwortlich i.S.d.P. zeichnet Thomas Hetzer (Mitinitiator des neonationalsozialistischen Thule-Mailboxnetzes) im bayrischen Erlangen. Mit den „Thule-Briefen“ soll „eine Lücke“ im publizistischen Angebot des „Thule-Seminars“ geschlossen werden. Andererseits, so die Eigenangaben, werden die „Thule-Briefe“ ein Forum für die Freunde und Förderer des „Thule-Seminars“ sein. Neben abgehobener „Metapolitik“ wollen die „Thule-Briefe“ auch einen Blick in die „Niederungen der Tagespolitik“ werfen, Neuerscheinungen auf dem Musikmarkt kommentieren und Veranstaltungsberichte geben. In der Erstausgabe der „Thule-Briefe“ wird die „Junge Freiheit“ heftig attackiert. Dieser wirft man vor, daß sie nicht „jung“, sondern „so alt wie die alte Rechte des Systems“ sei. Dem JF-Chefredakteur Dieter Stein („kritischer Kollaborateur des Systems“) wird eine „halbgedachte Aufwertung von Gemeinplätzen“ in dem Blatt bescheinigt. Angekündigt wird in den „Thule-Briefen“ auch eine Mitgliederversammlung des „Thule-Seminars“, die im Mai bzw. Juni stattfinden soll. Ebenso sollen sich an mehreren Orten „Thule“-Leserkreise in Vorbereitung befinden. Gefeierte wird in den „Thule-Briefen“ der Neonazi-Aufmarsch am 1. März in München. Redaktionsschluß für „Thule-Briefe“ Nr. 2 ist der 15. Mai.

„Reintegration des Nationalen“

Greifenberg - Eine „Politische Studien Gemeinschaft“ (PSG) mit Postfachadresse im bayerischen Greifenberg vertreibt ein rund 60 Seiten starkes Grundsatzpapier („Wir über uns“) von Edmund Sawall (69), einst Vorsitzender des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“, ab 1968 als Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender in „bedeutenden nationalen und internationalen Unternehmen der Elektroindustrie“ tätig und seit 1992 im „aktiven“ Ruhestand.

Der Verfasser, Autor in der „Jungen Freiheit“ und Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“, kommt in seinem Manifest u.a. zu dem Ergebnis, daß die zu der Bundesrepublik „vereinigten Restteile des Deutschen Reiches an ihrer kulturellen Desintegration und ihrem Finanzchaos eines Tages untergehen werden“, wenn es nicht noch gelingen sollte, „das Steuer zugunsten einer die Substanz von Volk und Vaterland erhaltenden und ihre Zukunft sichernden Politik herumzureißen“. Zur Rettung bedürfe es laut Sawall, bis 1996 Prior des OMCT-Tempelherrenordens, „der Reintegration des Nationalen in Politik, Gesellschaft und Staat“. Sawall gilt als enger Weggefährte des rechtsextremen Einigungspropheten Alfred Mechttersheimer („Deutschland-Bewegung“). Den Druck der Broschüre besorgte die Kölle-Druck GmbH in Preußisch Oldendorf, wo bis Ende 1994 auch die antisemitische Hetzschrift „Die Bauernschaft“ hergestellt wurde. Geschäftsführer des Druckereibetriebes ist Rainer Höke, der wegen Beihilfe zur Werbung für verfassungsfeindliche Organisationen in zwei Fällen vom Landgericht Dortmund im Juli 1995 zu einer achtmonatigen Haftstrafe, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, verurteilt wurde. Der Sawall-Text ist auch im Internet beim „Konservativen Gesprächskreis Hannover“ von Hajo Baumbach, Ex-REP-Mitglied, abrufbar.

Die „Politische Studien Gemeinschaft“ - so die Eigenangabe - „ist eine persönliche Gemeinschaft von politisch interessierten Frauen und Männern“, die den Zweck verfolgt, „durch gegenseitige Information und gemeinsame Studien, politische Problemstellungen unter nationalen und konservativen Anschauungen zu untersuchen sowie den Meinungsbildungsprozeß zu unterstützen.“

A.M.

Kanadas unrühmliche Nachkriegsgeschichte:

Asyl für NS-Täter

„An der ukrainischen SS-Legion bin ich besonders interessiert - auch aus persönlichen Gründen. Die Mutter meiner Frau wurde, weil sie nicht schnell genug laufen konnte, von einem ukrainischen Polizisten auf einer Treppe erschossen. Meine Mutter wurde durch einen ukrainischen Polizisten zum Transport nach Belzec geführt. Ich bin im Besitz von Dokumenten, die beweisen, daß sich die 8000 Mann umfassende ukrainische SS-Legion in Rimini den Briten 1945 ergab. Die Briten brachten sie nach England. Von 1947 bis 1950 wurde diese 8000 Männer nach Kanada gebracht, obwohl Kanada zu dieser Zeit schon beschlossen hatte, keinen ehemaligen SS-Angehörigen jemals einreisen zu lassen. Es war also wohl ein Geheimverfahren.“ So erinnerte sich Simon Wiesenthal kürzlich in einem Gespräch mit „Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“. Auf die Frage, wer zu dieser ukrainischen SS-Legion gehörte, antwortete der Leiter des „Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes“ in Wien: „Unter anderem ältere Männer aus der ukrainischen Polizei, die später größtenteils zu SS-Offizieren wurden. Ich habe eine Liste mit den Namen von 250 ukrainischen SS-Offizieren. Ergänzend besorgte ich mir ein Telefonbuch aus Toronto - und was sehe ich? Die Namen von vier verschiedenen Organisationen ukrainischer Veteranen. ... Damit nicht genug: Ich fand 28 Namen von meiner Liste ebenfalls in diesem Telefonbuch. Nach mühseligen Recherchen habe ich ermitteln können, daß die Geburtsdaten dieser 28 mit denen auf der Liste ebenfalls übereinstimmen. Ich schickte daraufhin die Liste an die kanadische Regierung und wies darauf hin, daß alleine in Toronto 28 dieser Verbrecher lebten. Ich erhielt nie eine Antwort.“

Mit päpstlichem Segen

Nun kommt offenbar endlich Licht in diese bisher geheimgehaltene Affäre. Die „Jerusalem Post“ hat zwei Reporter in das große Land geschickt, um zu überprüfen, was der kanadische Wissenschaftler Steve Ramban in dreijähriger Recherche glaubt, beweisen zu können: Die kanadische Regierung hat jahrzehntelang schwer belasteten Nazis Unterschlupf gewährt und damit gegen geltendes Recht verstoßen. Das kanadische Parlament hatte bald

nach Kriegsende ein Gesetz verabschiedet, das NS-Belastete von der Einreise ausschloß. Bereits im August 1987 hatte die kanadische Historikerin Alti Rodal in einer Studie unwidersprochen nachgewiesen, daß der langjährige kanadische Premier Pierre Trudeau von der strafrechtlichen Verfolgung mutmaßlicher NS-Verbrecher abgeraten hat. „Die Regierung unter Trudeau hat den jüdischen Gruppierungen mitgeteilt, daß sie die Naziverbrecher verfolge. In Wirklichkeit hat sie jedoch beschlossen, untätig zu bleiben“, sagte Frau Rodal damals. Nun scheint dies der „Jerusalem Post“ zufolge durch ehemalige ukrainische SS-Leute bestätigt worden zu sein. Die beiden Reporter verfahren ähnlich wie Wiesenthal. Sie suchten in Adress- und Telefonbüchern nach bestimmten Namen, trafen sich mit den Leuten, gaben vor, eine Dissertation über die Austauschbarkeit von zivilen und militärischen Tätigkeiten während des Krieges zu schreiben, und erhielten viele Auskünfte. Einige der Befragten prahlten gar mit ihren Morden.

Eine beklagenswerte Rolle scheinen auch hier die USA gespielt zu haben. Weil dort etwas genauer auf die Vergangenheit der Immigranten geachtet wurde, wären Hunderte von Einwanderungswilligen abgewiesen worden. Da sie sich aber alle als stramme Antikommunisten ausweisen konnten, habe Washington die Regierung im benachbarten Kanada dringend ersucht, diese Leute einwandern zu lassen. Selbst der Vatikan scheint hier aktiv geworden zu sein.

Karol Sidor war während der Nazizeit Botschafter der faschistischen Slowakei im Vatikan. Nach dem Bericht von 1987 hat Papst Pius XII sich schon Ende der 40er Jahre persönlich bei der kanadischen Regierung für Sidor eingesetzt. 1950 durfte er nach Kanada einwandern. Vor seine Botschafterzeit war Sidor Kommandant einer berüchtigten Sturmtruppe.

Simon Wiesenthal dürfte weiter auf Antwort aus Kanada warten. Weder in Toronto noch in Ottawa scheint man daran interessiert zu sein, dieses trübe Kapitel eigener Zeitgeschichte aufzuarbeiten. Im demokratischen Kanada gibt es aber ebenso wie in den USA ein fast unbeschränktes Recht auf Information. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, wo auf Grund dieses Rechts der Skandal um das „Nazigold“ ins Rollen gebracht wurde, könnten kanadische Wissenschaftler und Journalisten nun das Thema Asyl für die NS-Täter auf die Tagesordnung bringen. Die NS-Zeit ist zwar seit mehr als 50 Jahren zu Ende, keineswegs aber ihre Folgen.

Heiner Lichtenstein

BÜCHERSCHAU

**Kein Thema für
Polemik**

Die scharfe Kritik von Historikern und Journalisten an Daniel Jonah Goldhagens Werk über „Hitlers willige Vollstrecker“ sei nicht fachwissenschaftlich, sondern mehr politisch motiviert, ginge es dabei doch um Fragen unserer politischen Kultur, die nach wie vor von der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit geprägt sei. Von dieser Annahme geht der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann in seinem Buch „Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Debatte“ aus. Er zeichnet darin kommentierend vier um die Einschätzung des Nationalsozialismus thematisch kreisende Diskurse aus dem letzten Jahrzehnt nach und sieht in diesen Versuchen einer bedenklichen Umdeutung der NS-Vergangenheit.

Im einzelnen geht es um die totalitarismustheoretisch motivierte Frage der Vergleichbarkeit von politischen Diktaturen, geopolitisch motivierte Verweise auf die Mittellage und die Kritik an der Westbindung, die Debatte um die auf den deutschen Überfall auf die Sowjetunion bezogene „Präventivkriegs-These“ und die Deutung von Modernisierungstendenzen im Nationalsozialismus. „Alle vier Diskurse“ so Wippermann, haben bei allen sonstigen Unterschieden eins gemeinsam: Sie sollen unsere Schuld relativieren, weil ‘die anderen’ sich ebenfalls schuldig gemacht haben, weil die Geographie schuld war, weil die Kriegsschuld umstritten ist und weil wir keineswegs nur Schuld auf uns geladen haben. Gelingt diese Entschuldung der Vergangenheit, können wir unter diese Vergangenheit einen ‘Schlußstrich’ ziehen und uns endlich wieder als eine ‘selbstbewußte Nation’ fühlen, die ‘wieder’ ‘Großmachtpolitik’ betreiben darf und soll“ (S. 9).

Im letzten Abschnitt beschreibt Wippermann die Goldhagen-Kontroverse, übt methodische Kritik an den Deutungen in „Hitlers willige Vollstrecker“, meint aber die Kritik der Historiker darauf zurückführen zu können, daß Goldhagen mit seinem Buch allen vier

Diskursen direkt oder indirekt widersprach und dadurch den politisch motivierten Unmut auf sich zog:

„Nicht die unverkennbaren fachlichen Mängel des gesamten Buches“, so Wippermann, „sondern“ die Bezeichnung des Holocaust als ein „deutsches Projekt“ habe „in Deutschland einen Entrüstungssturm entfacht, der überwiegend nationalistisch und teilweise sogar antisemitisch motiviert war. Die vorgeblich ‘selbstbewußte Nation’ fühlt sich durch den (jüdischen) ‘Scharfrichter’ (nach Rudolf Augstein) provoziert und weist alle ‘Schuld’ und selbst die historische Verantwortung weit von sich. ... Der Historikerstreit ist nicht beendet, er ist in eine neue Phase getreten. Der Sieger steht nicht fest, der Kampf um die kulturelle Hegemonie der Gegenwart durch Bewältigung der Vergangenheit geht weiter, die Schuldfrage ist weder gelöst noch obsolet geworden“ (S. 127).

So informiert die Beschreibung der genannten vier Diskurse und die methodische Kritik an Goldhagen sind, so problematisch sind doch die von Wippermann vorgenommenen Pauschalisierungen und Überspitzungen bei der Darstellung.

So heißt es etwa kurz und knapp: „Mit ‘Historisierung’ ist Verharmlosung gemeint“ (S. 125). Oder Wippermann meint zu einer Äußerung des Historikers Imanuel Geiss, man müsse diese „schlicht als antisemitisch bewerten“ (S. 35). Hier wie in anderen Fällen schießt der Autor inhaltlich wie sprachlich weit über das Ziel hinaus, so etwa wenn er dem „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein eine „nationalistische Herrenmenschenattitüde“ (S. 112) unterstellt. Dieser polemische und übertriebene Tonfall, der etwa auch die Goldhagen-Kritik als „überwiegend nationalistisch und teilweise sogar antisemitisch motiviert“ (S. 127) ansieht, entwertet leider an vielen Stellen das Buch, in dem zutreffend auch bedenkliche Entwicklungen bei der Interpretation des Nationalsozialismus thematisiert werden.

Armin Pfahl-Traugher

Wolfgang Wippermann, Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse, Berlin 1997 (Elefanten-Press), 144 S., 24,90 DM

Tagebuch

Inland

Berlin - Der Herausgeber des neonazistischen Medienverbundes „Berlin-Brandenburger Zeitung“, „Junges Franken“, „Süddeutsche Allgemeine“, „Neue Thüringer“, Westdeutsche Volkszeitung“ und „Mitteldeutsche Rundschau“, Frank Schwerdt, hat in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß die Zeitungen „der nationalen Erneuerung“ derzeit nicht erscheinen können. Als Begründung nannte Schwerdt ein personelles Vakuum durch die „ausgefallenen Kameraden“, die sich in den Fängen der Justiz befinden. Der bis Ende vergangenen Jahres leitende Redakteur Christian Wendt (25) wurde im Februar wegen verfassungsfeindlicher Propaganda und Volksverhetzung zu einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Berlin - Die Polizei hat in den Wohnräumen der Herausgeber der revisionistischen Zeitschrift „Sleipnir“ sowie Betreiber des „Verlages der Freunde“ (VdF) Andreas Röhler (44) und Peter Töpfer (36) kistenweise rechtsextremistisches Material beschlagnahmt. Angaben der Polizei zufolge besteht der Verdacht der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Bei Wohnungsdurchsuchungen stellten die Beamten drei Computer, mehr als 300 Disketten, 50 Ordner und zahlreiche rechtsextreme Flugblätter sicher.

Dresden/Coburg - Franz Schönhuber, Ex-REP-Chef hat in Dresden zwei Lesungen aus seinem neuesten Buch „Die verbogene Gesellschaft“ abgehalten. Dies berichtet das rechtsextremistische Periodikum „Nation+Europa“ in der Aprilausgabe. An den von den „Republikanern“ ausgerichteten Veranstaltungen sollen der DSU-Bundesvorsitzende Roberto Rink, der REP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Höber, nebst seinem Vorgänger Rudolf Krause, zwei stellvertretende sächsische REP-Landesvorsitzende sowie Vertreter von NPD und DVU teilgenommen haben. Der im November 1995 bei den REP ausgetretene und seitdem weiter nach rechts gerückte Franz Schönhuber ist im REP-Landesverband Sachsen-Anhalt Ehrenmitglied.

Düsseldorf - Am 17./18. Mai veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen auf dem Messegelände in Düsseldorf ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen“. Den Höhepunkt soll eine Großkundgebung am 18. Mai bilden.

Erlangen - Die tatsächlich wahrgewordene Spaltung des Thulenetzes wird in Neonazi-Kreisen kontrovers diskutiert. Während der Pseudonymus „Johnny Kontrolletti“ dies als „Teilsieg unserer Gegner“ wertet, sieht Helmut Goj (zeitweilig stellvertretender nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger“ >BFB<) alias „Wieland“ in „der heutigen Situation auch Vorteile“. So könne durch den Aufbau eines zweiten Neonazi-Mailboxnetzes unter Federführung von Jürgen Jost und Thekla Kosche der „mystische“ Name Thule durch den Namen „Deutschland-Netz“ ersetzt werden.

Frankfurt - Unbotmäßig benommen hat sich laut einem Bericht der „Süddeutschen“ die neugewählte REP-Fraktion bei der ersten Sitzung des Frankfurter Stadtparlaments. Da sie der mehrfachen Aufforderung, die von ihnen falsch besetzten Plätze, die für die CDU ausgewiesen waren, zu räumen, nicht nachkamen, schloß Oberbürgermeisterin Petra Roth die sechs ultrarechten Abgeordneten von der Sitzung aus. Diese verließen den Saal erst, nachdem bereits die Polizei aufgezogen war, um gegebenenfalls wegen Hausfriedensbruch einzugreifen.

Frankfurt - Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht von 1941 bis 1944“ am 13. April in Frankfurt, fand am gleichen Tag im „Haus der Heimat“ in Frankfurt eine Veranstaltung einer „Initiative gegen eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht“ statt. Als Referenten standen, so das Thule-MailboxNetz, bereit: der ehemalige Leiter der deutschen Sektion von Radio Vatikan, Lothar Groppe (Autor in der „Jungen Freiheit“, seit 1991 Kuratoriumsmitglied des Vereins „Konservative Kultur und Bildung“), Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, zuletzt stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision in Bruchsal (Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“, siehe BNR 20/1996) und Hans-Ulrich Kopp, Sprecher der „Deutschen Burschenschaften“ und des Cannstatter Kreises.

Frankfurt/Heidelberg - Mit einer „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung“ hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche“ mittels Anzeigen in der Frankfurter Allgemeinen und im Revanchistenblatt „Der Schlesier“ an die Öffentlichkeit gewandt. Verantwortlich für die gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ gerichtete

Initiative zeichnet der JF-Redakteur Götz Kubitschek, Heidelberg. Unterzeichnet ist der Aufruf u.a. vom BFB-Vorsitzenden Manfred Brunner, Alfred Mechtersheimer, General a.D. Franz Uhle-Wettler, JF-Chefredakteur Dieter Stein sowie zahlreichen Personen aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“, der „Republikaner“, der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ und anderen einschlägigen Organisationen und Formationen.

Kaiserslautern - Bei einer Landesmitgliederversammlung der rheinland-pfälzischen „Republikaner“ am 12./13. April in Kaiserslautern wurde der seit zwei Jahren amtierende Landesvorsitzende Gerhard Meyer, Mertersdorf (Kreis Trier), in seinem Amt bestätigt. Zu den Stellvertretern des Beamten Meyer wurden Cornelia Annamaria Benning, Kusel, Detlev Levin, Andernach (Kreis Mayen-Koblenz), wiedergewählt sowie Hans Scheller, Kaiserslautern, und Stephan Stritter, Mainz, erstmalig gewählt. Der ehemalige Fußball-Hooligan („MZ Army Mainz“) Stritter begann seine politische Karriere Anfang der 90er Jahre beim „Deutschen Jugendbund“ in Mainz, der auch Kontakte zur lokalen Neonazi-Szene unterhielt. 1992 schloß sich der DJB den „Jungen Deutschen e.V.“ als Landesverband Rheinland-Pfalz an. Der 28jährige Stritter, zu dieser Zeit bereits Beisitzer im Landesvorstand der „Republikaner“, bekleidete zunächst das Amt eines stellvertretenden Landesvorsitzenden der „Jungen Deutschen“. 1993 entschied sich Stritter für die Partei-Karriere und wurde stellvertretender REP-Kreisvorsitzender in Mainz. Vorübergehend leitete er kommissarisch den Mainzer REP-Kreisverband. 1994 kandidierte Stritter zur Kommunalwahl in der Landeshauptstadt. Zwei Jahre später trat er für die „Republikaner“ auf einem vorderen Listenplatz zur Landtagswahl an.

Kassel - Die am 22. April 1996 als Verein eingetragene „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE; Vereinsregistereintrag in Berlin-Charlottenburg unter der Nummer 16430), ein „Zusammenschluß der Opfer und Geschädigten“ in der einstigen „Sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ), ruft alle „Verfolgungs- und Enteignungsoffer“ sowie „alle für den Rechtsstaat engagierten Mitbürger“ auf zur Teilnahme am 1. ARE-Bundeskongreß am 23./24. Mai im Kraftwerk-Karree Borken bei Kassel. Über die Aktivitäten der ARE, die nach Angaben der „Jungen Freiheit“ 800 Mitglieder in ihren Reihen hat, wird regelmäßig im „Ostpreußenblatt“ berichtet. Als Referenten traten bei der ARE bisher u.a. Harald Strunz, Unterzeichner

des „Berliner Appells“ und Geschäftsführer der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“, sowie Gerhard Löwenthal, „Hans Dampf in allen rechten Gassen“, in Erscheinung.

München/Frankfurt - Lieb und teuer scheint dem „Bund Freier Bürger“ der Erhalt der Deutschen Mark zu sein. In einer ganzseitigen Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (19.4.1997) machte die Brunner-Partei ihre Argumente gegen den Euro und die EG deutlich.

Mutlangen (Ostalbkreis) - Vor wenigen Wochen verstarb der Skinhead Christian Clewing („Einer der Besten ist von uns gegangen, viel zu jung, viel zu früh“) im Alter von 25 Jahren. Der vorbestrafte Clewing gehörte der neonazistischen Skinband „Triebtäter“ aus Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis) als Sänger an. Die Bandmitglieder Clewing, Thomas Nothdurft, Marco Rössle, Ralph Kurt Burkhardt und Holger Werner Wied („Tweety“) wurden am 14. März 1994 vom Landgericht Stuttgart zu Geld- und Bewährungsstrafen zwischen 480 und 3.600 DM bzw. sechs und zehn Monaten wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß u.a. verurteilt. Die Band „Triebtäter“ wurde 1991 als Trio gegründet und spielte seither in wechselnder Besetzung auf zahlreichen Konzerten. Clewing war Gründer, Kopf und zunächst auch Schlagzeuger der braunen Kombo. Bei einer Hausdurchsuchung bei den fünf Band-Mitgliedern im Mai 1993 wurde Propagandamaterial der verbotenen „Nationalistischen Front“ gefunden. Kontakte unterhielt die Band auch zur „Sauerländer Aktionsfront“ und trat vor knapp zwei Jahren in Meschede (Hochsauerlandkreis) auf. Zuletzt spielte „Triebtäter“ als Quartett mit einem Bassisten aus Karlsruhe und veröffentlichte die zweite CD „Zeichen der Zeit“.

Stuttgart - In einem offenen Brief (02.03.97) an den Bundesvorsitzenden der REPublikaner, Rolf Schlierer, hat der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, diesen zum Schulterschluß aufgefordert. Voigt schreibt, daß die „Einheit der Nationalen“ zu zweistelligen Wahlergebnissen und „einer dauerhaften und ernstzunehmenden Opposition anwachsen lassen“ würde. Voigt weiter: „Ich appelliere daher nochmals an Sie, in diesen ernsten Stunden des wirtschaftlichen Niederganges unseres Staates, die politische Einigung aller patriotischen Kräfte voranzutreiben, anderenfalls umgehend mit ihrem Vorstand zurückzutreten. Die politische Lage in unserem Land erfordert umgehendes Handeln, um

Adresse:

unnütze Reibungsverluste zwischen Gleichgesinnten zu vermeiden.“ Voigt mahnt dringlich: „Deutschlands >Rechte< hat kein Verständnis mehr für Hader und Zwietracht untereinander!“ Der Offene Brief Voigts wurde von dem Karlsruher Pseudonymus „Hagestolz“, einem Burschenschaftler, auch ins Thule-Mailboxnetz eingespielt.

Wehr (Baden-Württemberg) - Der baden-württembergische Landesverband der REPublikaner will am 19. Juli in Wehr (zwischen Lörrach und Waldshut) seinen Landesparteitag abhalten.

Weikersheim - Das 1979 gegründete „Studienzentrum Weikersheim e.V.“ (SZW; Main-Tauber-Kreis) begeht am 24./25. Mai seinen 19. Jahreskongreß im Schloß Weikersheim. Getagt wird zum Thema „Kulturstaat Deutschland - unser Beitrag zur europäischen Kultur“. Thematisch lehnt sich der Kongreß an die Festschrift „Deutschland als Kulturstaat“ an, die 1993 zum 80. Geburtstag Hans Filbingers von Lothar Bossle herausgegeben wurde. Vor Beginn des Jahreskongresses soll am 23. Mai das langjährige SZW-Kuratoriumsmitglied, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Freiherr von Stetten (seit 1958 CDU-Mitglied), „Filbingers Kronprinz“ („Junge Freiheit“ 16/97) zum neuen Vorsitzenden des Präsidiums des SZW gekürt werden. Stetten, seit 1990 MdB, gilt in seinem Wahlkreis Schwäbisch Hall - Hohenlohe (Baden-Württemberg) als „Rechtsaußen“ („Stuttgarter Zeitung“). 1993 hielt er die Laudatio anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde für den Haller CDU-Altstadtrat Wilhelm Pfeifer. Proteste in der Öffentlichkeit sorgten dafür, daß der einstige SS-Mann Pfeifer und Mitarbeiter des NS-Reichsprotektors von Böhmen und Mähren, Karl Hermann Frank, sein Ehrenbürgerpatent an die Stadt zurückgeben mußte.

Ausland

Frankreich (Paris) - Der Vorsitzende des Front National, Jean-Marie Le Pen, hat mit antisemitischen Äußerungen erneuten Wirbel ausgelöst. In einem Interview der US-Zeitung „New Yorker“ bezeichnete der Rechtsextremist die Gaskammern abermals als „Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs“. Le Pen war wegen dieser Behauptung bereits 1991 von einem Berufungsgericht zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.

Ersten Umfragen zufolge kann laut Agenturmeldungen der rechtsextreme Front National bei den Wahlen am 25. Mai mit 13 Prozent der Wähler-

stimmen rechnen. Wegen des Mehrheitswahlrechts würde die Le Pen-Partei jedoch lediglich einen Abgeordnetensitz erhalten.

Schweiz (Hallau) - Emil Rahm, Herausgeber der „Memopress“-Informationen (CH-Hallau), „der seit Jahren unentwegt vor einer freimaurerisch-bolschewistisch-zionistischen Weltverschwörung warnt“ (SPIEGEL 38/1994), bietet in seiner aktuellen Bücherpreisliste u.a. Bücher an, „bei denen - mindestens - großer Tatverdacht“ (CH-Jüdische Rundschau v. 08.08.1996) wegen Widerhandlung gegen die Antirassismus-Strafnorm besteht. So das dreibändige Machwerk eines Johannes Rothkranz „Die kommende Diktatur der Humanität“. Dieser beruft sich auf die gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion“.

Schweiz (Wettingen) - „Mein Kampfgebiet ist neben meinem Einsatz als Familienvater und Aktivist im nationalen >Lager< die Gitarre und der Gesang (mal sehen, wann mir die Herrschenden dieses verbieten bzw. die Stimmbänder durchtrennen).“ - so der Neonazi-Liedermacher Frank Renicke in einem Interview mit dem Mitteilungsblatt „Der Morgenstern“, dem offiziellen Organ der neugegründeten „Nationalen Initiative Schweiz“ (NIS; Redaktionsadresse: CH-Wettingen). Berichtet wird im „Morgenstern“ auch über einen Renicke-Auftritt beim „Deutschen Freundeskreis Ludwigsburg“ am 25. Januar. Zugewogen waren bei der Veranstaltung ebenso Kameraden des „Deutschen Freundeskreis Chemnitz“ und ein Vertreter des „Front National“ (FN).

„Der Morgenstern“ weist auf intensive und zahlreiche Kontakte zwischen der „Nationalen Initiative Schweiz“ und bundesdeutschen Neonazis hin. So wird u.a. über eine Veranstaltung der baden-württembergischen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) informiert, die am 18. Januar im schwäbischen Böblingen eine Reichsgründungsfeier begingen. „Großes Interesse“ zeigten die deutschen Neonazis an einer geplanten Demonstration der NIS gegen den 100. Jahrestag des 1. Zionistenkongresses in Basel. Veröffentlicht sind im „Morgenstern“ auch zwei Leserbriefe von deutschen Kameraden.